

Zusammenfassung der Sachverständigen-Stellungnahmen für die Anhörung am 22.11.2010 im Ausschuss für Arbeit und Soziales, BT-Drucksache 17(11)309

1. BDA (Seite 6 – 10), PRO

Zitat Seite 6: „Die mit dem Gesetzentwurf vorgenommene **Neubemessung der Regelsätze** für das Arbeitslosengeld II ist **richtig**, setzt die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts konsequent um und wird von der BDA unterstützt.“

2. DGB (Seite 11 – 25), CONTRA

Zitat Seite 11: „Der Gesetzentwurf zur Neuberechnung der Hartz IV Regelsätze wird dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 nicht gerecht und bildet **keine tragfähige Basis zur Vermeidung von Armut, insbesondere von Kinderarmut.**“

3. BA (Seite 26 – 30), PRO

Zitat Seite 26: „Die BA hält das Bildungspaket der Bundesregierung für einen guten Weg zur Verbesserung der Chancen für Kinder und junge Erwachsene für mehr Bildung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.“

4. IAB (Seite 31 – 36), PRO

Zitat Seite 31: „Die voraussichtlichen Arbeitsmarktwirkungen, die sich aus der Umsetzung des Entwurfes zu einem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch ergeben, sind gering. Aus der Regelsatzanpassung resultiert auch keine nennenswerte Verschlechterung der Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich.“

5. Statistisches Bundesamt (keine Stellungnahme)

6. Bundesrechnungshof (Seite 37 – 42), PRO

Zitat Seite 37: „Der Gesetzgeber hat in diesem Bereich – auch unter Berücksichtigung der Aussagen des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 9. Februar 2010 - einen weiten Einschätzungs- und Entscheidungsspielraum. Der Bundesrechnungshof hat **keine Anhaltspunkte**, dass die Festlegungen in Artikel 1 des Gesetzentwurfs auf **offensichtlich unzutreffenden** Feststellungen, Einschätzungen oder Bewertungen beruhen.“

7. IW Köln (keine schriftliche Stellungnahme)

8. Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände – Deutscher Städtetag – Deutscher Landkreistag – Deutscher Städte- und Gemeindebund (Seite 43 – 51), PRO

Zitat Seite 44: „...Wir anerkennen und unterstützen das Bemühen, die Regelbedarfe nachvollziehbar und transparent zu bemessen und damit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen.

Angesichts der Kritik der Öffentlichkeit an der Höhe der Regelsätze geben wir zu bedenken, dass mit jedem Euro neue Leistungsberechtigte mit Erwerbseinkommen

hinzukommen und sich der anspruchsberechtigte Personenkreis erweitert...“

9. Deutscher Verein (Seite 52- 60), PRO + CONTRA

Zitat Seite 52: „...Die Neuregelung der Regelbedarfe für Minderjährige erfolgt auf einer geeigneten methodischen Grundlage. Die Regelbedarfsstufen 2 und 3 werden hingegen **ohne** eine bedarfstheoretisch fundierte Begründung festgesetzt. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe können in der Regel **nicht** durch die Jobcenter erbracht werden...“

Zitat Seite 55: „...Gleichwohl ist die Absenkung der Referenzgruppe für Alleinstehende und Alleinerziehende (Regelbedarfsstufe 1) auf nunmehr die untersten 15 v.H. der Einkommensschichtung **inhaltlich zu begründen**. Denn das BMAS hat für die letzten Regelsatzverordnungen jeweils das unterste Quintil aus den EVS 1998 bzw. 2003 auswerten lassen...“

10. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (Seite 61 – 63), CONTRA

Zitat Seite 61/62: „...Die BAGFW kritisiert insbesondere die Wahl der Referenzgruppe für Erwachsene....Die BAGFW sieht darin einen massiven Eingriff in die Methodik der Berechnung. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, die Berechnung der Regelbedarfe transparent und nachvollziehbar durchzuführen und die gewählte Methode plausibel zu begründen. Der vorliegende Entwurf lässt eine solche nachvollziehbare Begründung der Berechnung jedoch nicht erkennen...“

11. Der Paritätische Gesamtverband (Seite 64 – 78), CONTRA

Zitat Seite 64: „Der vorgelegte Gesetzentwurf lässt wesentliche Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 außer acht und ist aus kinder- und jugendpolitischer Perspektive in vielerlei Hinsicht kontraproduktiv. Es fehlt zudem an einer sach- und realitätsgerechten Neuberechnung der Regelbedarfe für Erwachsene und Kinder. Alle punktuellen Nachbesserungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gesamtleistungen für Familien im Hartz IV-Bezug weder wirklichkeits- noch bedarfsgerecht sind. Nach Berechnungen des Paritätischen müsste der Regelbedarf für Erwachsene unter der Voraussetzung, dass die Möglichkeit der Gewährung einmaliger Leistungen für größere Anschaffungen wieder eingeführt wird, 416 Euro betragen...“

12. Bundesvorstand Katholische Jugend (Seite 79 – 83), CONTRA

Zitat Seite 82: „...Die Berechnungsgrundlagen zur Ermittlung der Regelbedarfe für Kinder und Jugendliche sind aus Sicht des BDKJ nur **teilweise** nachvollziehbar. Sie orientieren sich offensichtlich **nicht** am **tatsächlichen** Bedarf, sondern sind **prozentual** vom Familieneinkommen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Familien **abgeleitet**. Im Hinblick auf die Situation von **älteren** Jugendlichen ist besonders die **zu geringe Fallzahl** der EVS in diesem Bereich zu betonen. Vermutlich führt dies zu **Verzerrungen**...“

13. Sozialverband Deutschland (SoVD) (Seite 84 – 99), CONTRA

Zitat Seite 84: „...Die hier vorgelegte Ermittlung der Regelbedarfe zur Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums ist vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils in **zahlreichen Punkten angreifbar**. Die vielfach vorgetragene Kritik, die Regelbedarfe seien mithilfe von **Tricks** heruntergerechnet worden,

lässt sich auch bei **eingehendem Studium** des Gesetzentwurfs **nicht entkräften...**“

14. Deutscher Richterbund (Seite 100 – 105), PRO (Satzungsermächtigung KdU)

Zitat Seite 100: „...Die folgende Stellungnahme beschränkt sich auf diejenigen Aspekte der vorliegenden Regelungsentwürfe, die Auswirkungen auf das sozialgerichtliche Verfahren haben können. Eine sozialpolitische Bewertung gehört hingegen nicht zu den Aufgaben des DRB als Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Auch eine **verfassungsrechtliche** Bewertung des vorliegenden Gesetzentwurfs erfolgt mit der folgenden Stellungnahme **nicht...**“

15. Norbert Struck (Seite 106 – 110), CONTRA (Teilhabe von Kindern)

Zitat Seite 107: „...Die Komponenten des Bildungs- und Teilhabepakets enthalten verschiedene Probleme der Begründung und der Umsetzung...“

16. Dr. Irene Becker (Seite 111 – 119), CONTRA

Zitat Seite 112: „...Dem wird der vorliegende Gesetzentwurf nicht gerecht, da ein Ausschluss dieser Haushalte aus der Grundgesamtheit bisher auch nicht ansatzweise erfolgt ist. Als Begründung dafür wird angeführt, dass sich das Problem der verdeckten Armut deutlich vermindert habe und zudem die komplizierten Berechnungen weder durch die Wissenschaft noch durch das Statistische Bundesamt zu leisten seien (S. 144 des GE). **Dem kann aus sachverständiger Sicht nicht gefolgt werden...**“

17. Dr. Jürgen Borchert (keine schriftliche Stellungnahme), CONTRA

Interview mit Dr. Borchert ("**Fünf Euro mehr sind im Vergleich zynisch**"):
<http://www.sueddeutsche.de/geld/interview-mit-sozialrichter-juergen-borchert-fuenf-euro-mehrsind-im-vergleich-zynisch-1.1004980>

18. Dr. Christine Fuchsloch (Seite 120 – 133), CONTRA

Zitat Seite 120: „...Die nachfolgende Stellungnahme beruht auf meiner persönlichen Perspektive als langjährige Richterin im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

....

Ob die Berechnungen und daraus gezogenen Schlüsse in jedem einzelnen Punkt folgerichtig sind, vermag ich aufgrund meiner Sachkompetenz nicht abzuschätzen. Es erscheint jedoch **offenkundig**, dass bei **unterschiedlichen** Weichenstellungen in der Auswertung und Berechnung der Rahmen eher **nach unten ausgeschöpft wurde**.

....

Selbst bei einer **Einigung** ist für die Leistungsträger und dem nachfolgend auch für die Sozialgerichte von einer **erheblichen Zunahme** der Widerspruchs- und Klageverfahren **auszugehen** und es ist zu **erwarten**, dass **letztlich** erst wieder das **Bundesverfassungsgericht** abschließend darüber entscheiden wird, ob die im Urteil vom 9. Februar 2010 statuierten Anforderungen an eine transparente und folgerichtige Regelsatzberechnung **erfüllt worden sind...**“

19. Prof. Dr. Anne Lenze (Seite 134 – 141), CONTRA

Zitat Seite 135: „...Ob das BVerfG dies mittragen wird, ist **ungewiss**, denn seine gesamte Entscheidung basierte auf der Vorgehensweise, dass der Ermittlung des menschenwürdigen Existenzminimums die Einkommens- und Verbrauchsausgaben der

untersten **20%** der Bevölkerung zugrunde liegen. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass die übrigen im Urteil vom 9.2.2010 vorgebrachten verfassungsrechtlichen Einwände umso **schärfer** wiegen, wenn schon am **Anfang** des Berechnungsverfahrens eine Stellschraube zu Lasten der Leistungsberechtigten **angezogen** wurde. Je **niedriger** von vornherein das Einkommen der Referenzgruppe festgelegt wird, **umso strenger** wird die **weitere** Prüfung ausfallen...“

20. Martina Schmiedhofer (siehe Nr. 25)

21. Rüdiger Böker (Seite 142 – 265), CONTRA

Zitat Seite 142/143: „...BT-Drs. 17/3404 und die vom BMAS veröffentlichten ergänzenden Informationen erfüllen die vom BVerfG 1 BvL 1/09 als „Obliegenheit“ definierten Anforderungen an „Transparenz“ und „Nachvollziehbarkeit“ **nicht**. Diese Unterlagen sind für die Bemessung des menschenwürdigen Existenz-Minimums mit einem selektiven Additions- Verfahren **nicht geeignet**.

....

Bei verfassungs-konformer Umsetzung der Ergebnisse der „Sonderauswertung EVS 2008“ Referenz- Gruppe „unterste **20 %**“ beträgt selbst bei **fehlendem** Ausschluss von Haushalten unterhalb der Sozialhilfe-Schwelle der Leistungs-Anspruch für Ein-Personen-Haushalte monatlich mindestens **EUR 565**

...

Gesetzentwurf BT-Drs. 17/3404 und das vom BMAS ergänzend veröffentlichte Daten-Material enthalten Angaben, **die offenkundig unwahr und irreführend sind...**“

22. Guido Grüner (Seite 266 – 276), CONTRA

Zitat Seite 266: „Das Bundesverfassungsgericht fordert vom Gesetzgeber, Regelleistungen und Regelsätze unter Beachtung der Menschenwürde nachvollziehbar und realitätsgerecht zu bestimmen und ein menschenwürdiges Leben auch von Kindern, Jugendlichen und Menschen mit besonderem Bedarf zu sichern. **Diesem Anspruch kommt der vorgelegte Gesetzentwurf nicht nach....**“

23. Marina Schmiedhofer (Seite 277 – 279), CONTRA

Zitat Seite 277: „...Als Stadträtin, die die Gründung der JobCenter in Berlin persönlich mit gestaltet hat und bis heute Vorsitzende einer Trägervertretung ist, gibt es im Entwurf der Regierungsfractionen **viele** Punkte, zu denen ich als Mitglied der **Grünen** eine **abweichende** Position habe...“

D. Stellungnahmen nicht eingeladener Verbände und Einzelsachverständiger

24. Dr. Margot Münnich (Seite 280 – 285), CONTRA

Zitat Seite 281: „...Dem „Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen ...“ vom 21.10.2010 wurde -wie auf den Seiten 227 ff. dargestellt- ein noch geringerer Auswahlatz mit einem Grenzwert des Haushaltsnettoeinkommens von 901,00 € zugrunde gelegt. Damit flossen die Angaben von 1678 Einpersonenhaushalten in die Berechnungen ein, also **10,9% der Befragten....**“

25. Netzwerk Grundeinkommen (Seite 286 – 287), CONTRA

Zitat Seite 286: „Das Netzwerk Grundeinkommen fordert die sofortige Streichung der Paragraphen 31 und 32 im SGB II, da die dort vorgesehenen Sanktionen grundrechtliche Erfordernisse verletzen. Der vorliegende Gesetzentwurf berücksichtigt nicht die Vorgaben der Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil von 9.2.2010 bezüglich der grundrechtskonformen Ausgestaltung der Grundsicherung als sanktionsfreien Transfer. Das unverfügbare und einzulösende Grundrecht (vgl. 1. Leitsatz, auch Rn. 133 des BVerfG-Urteils) auf ein garantiertes menschenwürdiges Existenzminimum schließt Sanktionen/ Leistungskürzungen aus. Ebenso die Aussage in Rn. 137 des Urteils: "Der gesetzliche Leistungsanspruch muss so ausgestaltet sein, dass er stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers deckt."...“

26. dbb beamtenbund und tarifunion (Seite 288 – 289), PRO

Zitat Seite 288: „...Mit dem nun vorgelegten Gesetzentwurf setzt die Bundesregierung die Vorgabe, eine transparentere Bemessungssystematik zu installieren, aus Sicht des dbb **um**. Der dbb teilt **nicht** die derzeit zahlreich vertretene Auffassung, die absolute Höhe des neu bemessenen Regelsatzes sei verfassungswidrig...“

27. Arbeiterwohlfahrt (AWO) (Seite 290 – 293), CONTRA

Zitat Seite 290: „...Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, transparente, sachgerechte und am tatsächlichen Bedarf orientierte Regelsätze für die Berechnung des physischen und sozialen Existenzminimums anzusetzen, sieht der AWO Bundesverband mit dem vorliegenden Gesetzentwurf als **nicht erfüllt** an. Gravierende Probleme mit der **Nachvollziehbarkeit** der Bedarfsberechnung beginnen bereits bei der **gewählten Referenzgruppe**...“

28. Diakonie Bundesverband (Seite 294 – 313), CONTRA

Zitat Seite 297: „...Obwohl das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 gerade die **transparente und methodisch plausible Herleitung** der Regelsätze zum Kernpunkt seiner Forderung nach einer Neuregelung gemacht hat, liegen die **gravierendsten Schwachpunkte** des RBGE gerade in **diesem Punkt**. Insbesondere lassen sich **weder die Bildung** der Referenzhaushalte, noch die **regelsatzrelevanten** Verbrauchsausgaben auf das zugrundegelegte Statistikmodell **zurückführen**. Ursache dieser Schwierigkeit ist, dass der Entwurf des RBEG anders als vom Bundesverfassungsgericht gefordert **ohne** erkennbaren und nachvollziehbaren Grund von seinem gewählten Referenzsystem **abweicht**...“

29. Deutscher Caritasverband (Seite 314 – 335), CONTRA

Zitat Seite 314: „...Es besteht aus Sicht der Caritas allerdings noch Nachbesserungsbedarf, beispielsweise bei der Gewährung von Lernförderung für Schüler. Auch die Verschärfung der Sanktionsregelungen und die Möglichkeit zur Pauschalierung der Kosten der Unterkunft und/oder Heizung sind in dieser Form nicht hinnehmbar. Dem Auftrag des Verfassungsgerichts, die Regelsätze in einem transparenten Verfahren zu bestimmen, kommt der vorgelegte Entwurf nicht in Gänze nach. Unklar bleibt, warum der Gesetzentwurf von der früheren Referenzgruppe beim Erwachsenenregelbedarf abweicht. Die Caritas kritisiert, dass der Gesetzgeber keinen Versuch unternommen hat, die Gruppe der verdeckt Armen aus der Gruppe der Referenzhaushalte herauszunehmen...“

30. Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb) (Seite 336 – 341), CONTRA

Zitat Seite 336: „...Zur Bemessung der Regelbedarfe nimmt der djb **keine** Stellung, da insoweit bereits **gewichtige Kritik** von den Sozialverbänden, Religionsgemeinschaften und Interessenverbänden **geäußert wurde**...“

Zitat Seite 338: „...Die Einbeziehung des Stiefelternteils begegnet daher sowohl in Rechtsprechung als auch in der Literatur **erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken**, die auch nach dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 13. November 2008 (B 14 AS 2/08 R) fortbestehen. **Eine Verfassungsbeschwerde ist anhängig** (Az. 1 BvR 1083/09)...“

31. Sozialverband VdK Deutschland e.V. (Seite 342 – 345), CONTRA

Zitat Seite 343: „...Die Behauptung, dass damit nur Einkommensgruppen über dem Existenzminimum herangezogen worden seien, **ist nicht belegt und stellt einen Zirkelschluss dar**. Denn die Höhe des Existenzminimums ist **nicht** vorgegeben und soll vielmehr durch das Anknüpfen an das Ausgabeverhalten unterer Einkommensbezieher gerade ermittelt werden.

...

Es **widerspricht** der Lebenserfahrung, dass Verbrauchsgüter wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Fahrräder und Brillen aus den bestehenden Regelleistungen **angespарт werden können**.

....

Der Sozialverband VdK **lehnt generell eine Pauschalierung der Kosten für Wohnung und Heizung ab**, weil es sich um einen **existentiellen Bedarf** handelt, der individuell gedeckt werden muss. Viele Betroffene würden gezwungen, in möglichst billige Stadtteile zu ziehen. Dies birgt die Gefahr, dass sich neue soziale Brennpunkte bilden und bestehende sich weiter ausbreiten. Insbesondere Kinder wären hier die Leidtragenden. Mit der Möglichkeit, kommunale Satzungen zuzulassen, wird das Problem der Pauschalierung auf die Kommunen verschoben. Es ist zu befürchten, dass aufgrund der bestehenden Sparzwänge der Kommunen zu niedrige Pauschalen festgesetzt werden...“

Diese Zusammenfassung ist nur ein **grober** Überblick und meine persönliche oberflächliche Bewertung, da ich **nicht** die gesamten 347 Seiten durchgelesen habe.

PRO = 8

Contra = 20

made by Garfield, 20.11.2010